



CDU

Kreistag Borken

CDU-Fraktion im Kreistag Borken

Der Vorsitzende

Markus Schulte

Grünstiege 95

48599 Gronau

E-Mail

mar_sch_gro@proton.me

Internet

www.cdu-kreis-borken.de

Haushaltsrede der CDU-Fraktion für das Haushaltsjahr 2024

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Zwicker,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung,
verehrte Zuhörer aus Bürgerschaft und Presse,

gestatten Sie mir die Haushaltsrede zum Wirtschaftsjahr 2024 mit dem Eingang Vers aus dem Gedicht „**Nachtgedanken**“ von Heinrich Heine aus dem Jahr 1844 zu beginnen.

**„Denk ich an Deutschland in der Nacht,
dann bin ich um den Schlaf gebracht“**

In diesem Gedicht schildert Heine die Sorge um und die Sehnsucht nach seiner Mutter, von der er im Zuge seines Exils getrennt war und kulminiert in der Erinnerung an, und Trauer, ob der vielen geliebten Personen, die während dieses zwölfjährigen Exils in der Heimat verstorben sind.

So gesehen reiße ich diesen Eingangs Vers aus dem ursprünglichen Zusammenhang (Heine möge es mir verzeihen),

- Da ich mich „**NUR**“ um die Art und Weise Sorge, wie unser Land durch die Ampel regiert wird.
- Ich Sorge mich „**NUR**“ darum, wie Ideologien über Realitäten gestellt werden.
- Ich Sorge mich „**NUR**“ um die steigende Bereitschaft zur Gewalt in unserem Land.
- Ich Sorge mich „**NUR**“ darum, dass man bei einer abweichenden Meinung zu den politischen Regierenden direkt in die rechte Ecke gestellt wird.
- Ich Sorge mich „**NUR**“ darum, wie durch das politische Handeln in unserem Land immer mehr Menschen fälschlicherweise einen Ausweg bei der AFD erhoffen.

Und es gibt noch einiges mehr, worum ich mir Sorgen mache, aber lassen Sie uns am Anfang beginnen.

Seit 2020 befinden wir uns, befindet sich Deutschland und große Teile der Welt in einem permanenten Krisenmodus, was dazu führt, dass die Stimmung im Land zunehmend negativer wird.

- Allein im Jahr 2022 starben weltweit über 238.000 Menschen in Kriegen. So viele wie nie zuvor in diesem Jahrhundert.
Der der Krieg zwischen der Ukraine und Russland stand an Platz zwei der blutigsten Auseinandersetzungen.
- Verstörender Antisemitismus auf unseren Straßen.
Ich bin Politikern aller Couleur dankbar für die klare Ansage, dass wir das nicht dulden.
- Ungesteuerte und ungebremste Migration nach Europa, die uns an die Grenzen des Leistbaren bringt.
- Nach wie vor, zu hohe Inflation, die Geringverdienern das Leben noch schwerer macht.
- Zunehmende wirtschaftliche Probleme trotz erster Entlassungen.
- Klimawandel, der zur Klimakrise oder gleich zum Klimakollaps hochstilisiert wird.
- Klimafolgen Bewältigung, vom Hochwasser zur Dürre und zurück.
- Die immer defizitärere Entwicklung des ÖPNV, in den kommenden Jahren wird ein Defizit von rund 15 Millionen € bis 20 Millionen € prognostiziert.
- Die explodierenden Kosten im Sozialbereich.

- Der Mangel an Hausärzten in den ländlichen Regionen unseres Landes, auch im Westmünsterland Kreis Borken.
- Krankenhäuser, die vor dem Hintergrund der „Gesundheitsreform“ vor der Insolvenz stehen.
- Dazu Wohnungsnot, Überalterung der Gesellschaft und überall fehlt das Geld.

Dass den Menschen in unserem Land ganz nebenbei, von einer Minderheit, ein von der Mehrheit abgelehnter Gender-Sprache offenbar aufgezwungen werden soll, ist vor diesen Hintergründen noch unser kleinstes Problem.

**„Denk ich an Deutschland in der Nacht,
dann bin ich um den Schlaf gebracht“**

Die Lösung all dieser Probleme ist für einige offensichtlich ganz einfach.

Es ist das, von dem man nie genug haben kann,

GELD!!

Und es werden Rufe laut, woher dieses Geld kommen soll, von den Städten, den Landkreise, dem Land und last but not least vom Bund.

Letztendlich aber wissen wir alle, woher dieses Geld kommt, aus den Taschen unserer Bürger, vom Arbeiter bis hin zum Industriellen.

Und diese Mittel sind mitnichten unbegrenzt!!!

Glaubt man dem Internet sind es 15 Millionen Menschen, die Deutschland am Laufen halten.

Die Rede dabei ist von den "Nettosteuerzahlern", die mehr Abgaben zahlen als sie Leistungen erhalten.

Dass es so einfach nicht ist, kann man sich selbstverständlich denken, schon allein, weil man im Verlauf des Lebens den Status vom Nettosteuerzahler und -empfänger mehrmals verändert.

Denn neben den etwa 22 Millionen Rentnern und Pensionären in Deutschland gibt es laut Statistischem Bundesamt auch noch 14,25 Millionen Minderjährige, von denen die meisten noch nicht ins Arbeitsleben gestartet sind.

Grundsätzlich ist es jedoch richtig, darüber zu diskutieren, wie die Abgaben und Leistungen im Land verteilt sind.

"Die entscheidende ökonomische Fragestellung ist Umfang und Struktur der öffentlichen Leistungen und der dafür erforderlichen Finanzierung.

Die Staatsquote - das Verhältnis zwischen dem Geld, das der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben ausgibt und dem, was seine Bürger erwirtschaften –

liegt in Deutschland bei knapp unter 50 Prozent und damit im oberen Drittel der EU-Mitgliedsstaaten.

Und an dieser Stelle muss man sich die Frage stellen, was die Aufgaben des Staates sind und wo die Eigenverantwortung der Menschen in diesem Staat anfängt,

denn wir wissen alle, wenn der Staat anfängt seinen Bürgern die Eigenverantwortung abzunehmen, kostet das Geld.

Ich halte sehr viel von Eigenverantwortung, nicht nur, weil dadurch die staatlichen Ausgaben reduziert werden können,

sie bezieht sich auf die Fähigkeit und Bereitschaft, für sein eigenes Handeln, seine Entscheidungen und das daraus resultierende Wohlbefinden, Verantwortung zu übernehmen.

Die Vorteile der Eigenverantwortung sind vielfältig:

- **Steigerung von Selbstbestimmung und Autonomie** durch die Gestaltung ihres eigenen Lebens und der Möglichkeit Entscheidungen zu treffen, die ihren Werten, Zielen und Bedürfnissen entsprechen.
- **Förderung der persönlichen Entwicklung aus der Erfahrung heraus**, sie setzen sich Ziele und wachsen an den Herausforderungen, die mit der Verantwortung für ihr eigenes Leben einhergehen.
- **Steigerung des Selbstbewusstseins**, Menschen erkennen, dass sie in der Lage sind, Einfluss auf ihr Leben zu nehmen. Erfolge und

Misserfolge tragen zur persönlichen Identität bei.

- **Flexibilität:** Eigenverantwortliche Personen sind oft flexibler und anpassungsfähiger in den verschiedensten Lebenssituationen, und können besser mit Veränderungen umgehen.
- **Unabhängigkeit:** Eigenverantwortung fördert die Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen. Die Menschen, sind weniger abhängig von anderen, um ihre Ziele zu erreichen, und können ihre eigenen Entscheidungen treffen.

Insgesamt fördert Eigenverantwortung ein erfüllteres und selbstbestimmtes Leben, sowohl auf persönlicher als auch auf sozialer Ebene.

Und wenn Sie mich jetzt fragen,

- ob die Menschen in unserem Land, in unserem Westmünsterlandkreis Borken dazu in der Lage sind, ihr eigenes Gemüse anzubauen, im Garten oder im Balkonkasten,
- wenn Sie mich fragen, ob sich junge Menschen, wie seit Jahrzehnten, selbstständig um ihre eigenen Hygieneartikel kümmern können,
- und ob Eltern selbst dazu in der Lage sind, ihren Kindern schwimmen beizubringen oder sie in einem der vielen Kurse in den Kommunen anzumelden,

dann hören Sie von mir ein klares deutliche

„JA“, das können sie!

Ich weiß nicht liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, UWG und Grünen, ob sie die Eigenverantwortung gezielt abschaffen möchten! Oder schlicht weg die Vorteile der Stärkung der Eigenverantwortung nicht sehen wollen.

Anders kann ich mir einige Ihrer Anträge zum heutigen Haushalt nicht erklären.

Aber glauben Sie mir: Das ist der falsche Weg!

Genauso falsch wie die Art und Weise,

- mit der Sie versuchen, den Klimawandel aufzuhalten,
- die Verkehrswende herbeizuführen
- und wie Sie aus Kernenergie, Kohle und möglichst allen Formen der Nutzung fossiler Energieträger **gleichzeitig** aussteigen wollen,
- während sie auf eine Energieversorgung allein durch Sonne und Wind setzen.

Da dies für die Grundlast nicht ausreicht, sind Zukäufe aus dem Ausland erforderlich, aus welchen Quellen auch immer – was Deutschland neben dem Vorwurf der Doppelmoral **die höchsten Energiepreise der Welt** eingebracht hat, die den Industriestandort gefährden.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Die Menschheit muss rücksichtsvoller und nachhaltiger mit den Ressourcen unseres Planeten umgehen und wir müssen tun was uns möglich ist, um den Klimawandel entgegenzuwirken!

Dazu ist es jedoch von essenzieller Bedeutung, dass das politische Handeln auf eine breite Akzeptanz unter den Menschen unseres Landes trifft.

Darauf habe ich bereits in meinen letzten Haushaltsreden hingewiesen. Stattdessen packen Sie die Brechstange aus.

Sie haben diese so nötige Akzeptanz und das Vertrauen der Menschen, die Ihnen eigentlich folgen sollten und von denen Sie einige offensichtlich für diesen Wandel gewählt haben, verspielt meine Damen und Herren.

Als die Bundesregierung vor diesem Hintergrund im Frühjahr 2023 ein Gesetz vorbereitete, das neue Heizungen in Privathaushalten an einen hohen Anteil erneuerbarer Energien koppelte, regte sich erstmals öffentlicher Widerstand gegen Ihre Politik.

Seinen Höhepunkt fand dieser öffentliche Widerstand bisher in den bundesweiten Protesten der Landwirte.

Und auch hier wurde von einigen der Versuch unternommen, den Landwirten durch die Einordnung in die rechte Ecke die Legitimation für ihre Proteste zu nehmen.

Es wurde suggeriert, dass es bei den Protesten schwerpunktmäßig (ausschließlich) um den Verlust von Subventionen beim Agrardiesel ging, was jedoch zu kurz gesprungen wäre.

Das war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Die Gründe für diese Proteste, diesen Widerstand sind vielfältig!

Es geht unter anderem auch um Wettbewerbsgleichheit innerhalb Europas. In vielen EU-Ländern werden Landwirte unterschiedlich behandelt / bevorzugt, angefangen bei der Besteuerung und aufgehört bei den Auflagen zum Tierwohl.

Landwirte haben keine Planungssicherheit bei der Umstrukturierung ihrer Betriebe, da der Takt, in dem neue Gesetze, neue Anforderungen, weitergehende Anforderungen ersonnen werden, in keinem Verhältnis zu den Tilgungszeiträumen der Finanzierung von Umbau- / Neubaumaßnahmen steht, die aufgrund der vorhergehenden Gesetze und Auflagen vorgenommen werden mussten.

Und im Westmünsterland Kreis Borken geht es auch darum, dass wir den Landwirten bei den vielen Gesprächen und Verhandlungen in den letzten Jahren bei der Erstellung der Landschaftspläne zugesichert haben, dass sie ihre Flächen in Landschaftsschutzgebieten, entsprechend der seinerzeit geltenden Gesetze weiterhin „normal“ bewirtschaften können.

Die Gesetzesänderung aus Brüssel, wonach der Geltungsbereich der Düngeverordnung sich jetzt auch auf Landschaftsschutzgebiete erstreckt war ein Schlag ins Gesicht für uns alle, meine Damen und Herren und für die Landwirte eine faktische Enteignung der betroffenen Flächen.

Und das ist einer der Gründe, warum die CDU im Kreis Borken Seite an Seite mit unserer Landwirtschaft steht und immer gestanden hat.

Sie ist einer der Grundpfeiler unseres **Wohlstandes** (ich hoffe, man darf das Wort noch sagen!?) im Kreis Borken, aber auch im ganzen Land.

Aber nicht nur die Landwirtschaft leidet unter der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Situation.

Auch wenn wir für unseren Westmünsterlandkreis unsere Hausaufgaben gemacht haben, so ist die Entwicklung unserer Wirtschaft nicht annähernd selbstbestimmt.

Im vergangenen Jahr hat die deutsche Wirtschaft mehr als geschwächtelt und wie es aussieht, gibt es auch 2024 keinen Grund zu jubeln.

Nicht nur der andauernde Krieg in der Ukraine und der Nahost-Konflikt geben wenig Grund zum Optimismus.

Auch die Spannungen mit China und die Präsidentschaftswahlen in den USA werfen bereits ihre Schatten voraus und verunsichern Politik und Wirtschaft.

Im Falle einer Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten befürchten Ökonomen "düstere Zeiten".

Auch das ungelöste Problem rund um die Finanzierung des deutschen Staatshaushalts wird von den Ökonominen und Ökonomen immer wieder als Belastungsfaktor für unsere Wirtschaft angeführt.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage stellt auch unsere kommunalen Haushalte vor enorme Belastungen.

Diese Herausforderungen werden durch hohe Tarifsteigerungen und erwartete Besoldungserhöhungen weiter verschärft.

Gleichzeitig sehen sich unsere Städte und Gemeinden mit drastisch steigenden Lasten konfrontiert, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Migranten.

Weder finanziell noch organisatorisch können die Unterbringung und Integration langfristig bewältigt werden und die ausbleibende Integration verstärkt diese Problematik zusätzlich.

Trotz dieser gewaltigen Herausforderungen dürfen wir nicht die drängenden Themen auf der Agenda vernachlässigen.

Die Umsetzung der Klima-, Energie- und Mobilitätswende bleibt trotz verspielter Akzeptanz seitens SPD und Grüne von zentraler Bedeutung.

Die Digitalisierung stellt eine weitere, wichtige Weichenstellung dar, die nicht aufgeschoben werden kann.

Gleichzeitig müssen wir uns intensiv mit der Bewältigung des demografischen Wandels auseinandersetzen, der mit einem Arbeitskräftemangel einhergeht.

Die Kommunen stehen vor einem komplexen Spannungsfeld, in dem finanzielle Herausforderungen, soziale Verantwortung und die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen miteinander konkurrieren.

Es erfordert eine umsichtige Planung und effektive Maßnahmen, um diese vielschichtigen Herausforderungen erfolgreich anzugehen.

Nur durch eine koordinierte und nachhaltige Herangehensweise und Stärkung der Eigenverantwortung können wir eine lebenswerte Zukunft für unsere Städte und Gemeinden gewährleisten.

Trotz der Herausforderungen, die durch Krisen und Unsicherheiten geprägt sind, hat die Kreisverwaltung einen soliden Haushaltsentwurf für 2024 erarbeitet.

Der vorgelegte Plan verdeutlicht jedoch unmissverständlich, dass unsere Budgets an ihre Grenzen stoßen.

Klartext: Die Zeiten üppiger Finanzen sind vorbei. Ein Wunschkonzert ist nicht mehr möglich.

Wir müssen uns auf das Notwendige und gesetzlich Verpflichtete beschränken.

Es ist Zeit für eine realistische und fokussierte Haushaltspolitik.

Sie werden an dieser Stelle möglicherweise schmunzeln, denn unser Antrag und die damit verbundene Entscheidung den X80 für zwei weitere Jahre auf seiner Strecke zur Probe fahren zu lassen, steht mit den bisher erhobenen Fakten diametral im Gegensatz zu einer realistischen und fokussierten Haushaltspolitik.

Auf den ersten Blick ist das auch so, aber ich habe vor einigen Absätzen darauf hingewiesen, dass seitens unserer politischen Mitbewerber die Akzeptanz und das Vertrauen der Menschen für nötige Veränderung durch ihre „Brechtstangenmentalität“ verspielt wurde.

Sie werden einsehen, dass wir in diesem Fall nicht denselben Fehler machen werden, zumal sich eine nicht zu übersehende Anzahl von Räten in unserem Kreis für weitere zwei Jahre Probetrieb ausgesprochen haben.

Bleibt zu hoffen, dass sich die Linie in diesem Zeitraum nach den vorzunehmenden Optimierungen derart positiv entwickelt, dass sie einer Evaluierung der gesamten ÖPNV-Verbindungen in den kommenden zwei Jahren standhält.

Daran das die CDU zusammen mit der FDP nur wenige und dem Haushalt angepasste Anträge auf den Weg gebracht hat,

- Die soeben erwähnte Fortführung des Probetriebes der Schnellbusverbindung X80 (Bocholt – Bad Bentheim) für weitere zwei Jahre.
- Fortführung unseres erfolgreichen Förderprogramm „Klimaschutz in gemeinnützigen Vereinen und Organisationen im Kreis Borken“.
- Fortführung und Erweiterung des Förderprogramms für Batteriespeicher des Kreises Borken.

denen sich alle Fraktionen im Kreisausschuss angeschlossen haben,

können sie erkennen das wir es ernst meinen, mit einer realistischen und fokussierten Haushaltspolitik,

während Sie mit einigen Ihrer Anträge immer noch die Ideologie über die Realität stellen.

Auch bezüglich der Verbesserung der ärztlichen Versorgung in unserem Westmünsterlandkreis gibt es keinen Stillstand,

in diesem Jahr steht die Evaluation unseres Programms zum Ärztepraktikum ins Haus.

In diesem Zusammenhang, vor dem Hintergrund der Ergebnisse, werden wir mit allen Akteuren und Fachleuten, aus dem Gesundheitsbereich im Kreis Borken gemeinsam, über die richtigen Strategien beraten,

um auch weiterhin für unsere Bürgerinnen und Bürger die ärztliche Versorgung sicher zu stellen.

Sie sehen, im Westmünsterlandkreis Borken ist noch lange nicht aller Tage Abend.

Mit Maß und Mitte sowie dem gesunden Menschenverstand ohne dogmatische Engstirnigkeit nehmen wir die gewaltigen Herausforderungen, von denen unser Landrat Dr. Kai Zwicker bei der Einbringung des Haushaltes 2024 sprach, an und werden versuchen sie zu händeln.

Hierzu lade ich gern alle Fraktionen des Kreistages ein!

Denn:

- Man kann ökologisch denken, ohne grün zu sein.
- Man kann sozial und humanistisch denken, ohne links zu sein.
- Man kann sein Land und seine Kultur lieben, ohne rechts zu sein.

Maß und Mitte bleiben Richtschnur unserer Politik

Das sollte doch eine Basis für eine gute Zusammenarbeit der Fraktionen **im Sinne unserer Bürger** sein.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage und der sich ständig ändernden Bedürfnisse unserer Gemeinden und Städte hat die Kreisverwaltung sorgfältig überlegt und analysiert,

um einen ausgewogenen Haushalt zu präsentieren, der sowohl unsere Bedürfnisse erfüllt als auch für zukünftige Herausforderungen gerüstet ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, schlug uns der Landrat bei der Eibringung des Haushaltes einen Hebesatz von **27,1** Prozent vor.

Nach den Haushaltsberatungen **konnten wir unsere Kommunen noch einmal entlasten, so dass der Hebesatz heute bei 26,5 Prozentpunkten steht.**

Diese Maßnahme gewährleistet nicht nur einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt, sondern bietet auch einen Puffer, um unerwartete Belastungen zu bewältigen und unsere Gemeinden auch in den kommenden Jahren zu unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Finanzierungsbedarf für die Jugendämter des Kreises im Jahr 2024.

Mit einem ermittelten Bedarf von 75,1 Millionen Euro, im Vergleich zu den 71,4 Millionen Euro des Vorjahres, stehen wir vor wachsenden Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung und den Hilfen zur Erziehung.

Die steigenden Kosten erfordern eine Anpassung, um die Qualität dieser wichtigen Dienstleistungen aufrechtzuerhalten.

Hier wurde bei Einbringung des Haushaltes ein Hebesatz von 26,1 Prozent vorgeschlagen (2023: 25,3 Prozent) **mit dem heutigen Beschluss zum Haushalt verabschieden wir eine Jugendamtsumlage von 25,8 %.**

Angesichts dieser Entwicklungen ist es jedoch unabdingbar, dass das Land eine größere finanzielle Unterstützung bietet.

Ich bin zuversichtlich, dass dieser finanzielle Kurs der richtige Weg ist, um unsere Gemeinden zu stärken und eine solide Grundlage für die kommenden Jahre zu schaffen.

Zumal wir auch in diesem Jahr im Rahmen des Benehmens Verfahren die Zustimmung aller Kommunen des Kreises zum Haushalt bekommen haben,

ob der Qualität, die ihm innewohnt und der Tatsache das der Haushalt des Westmünsterlandkreises Borken 2024 wieder einmal der mit dem geringsten Hebesatz im Land ist.

Es wird Sie daher nicht wundern, dass ich für die CDU an dieser Stelle feststelle,

dass wir uns nach Prüfung und Würdigung den Ausführungen der Kreisverwaltung zu den im Rahmen des Benehmens Verfahren eingegangenen Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Beigeordneten im Kreis Borken anschließen.

Und sowohl dem Straßenbericht 2024 und dem Hochbaubericht 2024 als auch der Haushaltssatzung 2024 mit ihren Anlagen in der Fassung des Haushaltsentwurfs vom 07.12.2023

unter Berücksichtigung - der Änderungsliste der Verwaltung,

sowie - mehrheitlich befürworteter Änderungsanträge der Fraktionen aus der Antragsliste

mit einem Hebesatz der Kreisumlage von 26,5 Prozent

und der Jugendamtsumlage von 25,8 Prozent der endgültigen

Umlagegrundlagen 2024 zustimmen.

Unser Dank gilt der gesamten Verwaltung, dem Verwaltungsvorstand und unserem Landrat Dr. Kai Zwicker für die hervorragende Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!